Bund der Steuerzahler
Schleswig-Holstein e.V.

Presseinformation 6/2025

Kiel, 09.Juli 2025

Dr. Aloys Altmann bestätigt, Peter Höver und Jörg Sibbel neu gewählt Resolution: Sondervermögen zielgerichtet im Land einsetzen!

Auf ihrer diesjährigen Versammlung bestätigten die Delegierten des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. gestern, am 8. Juli 2025, in Kiel Dr. Aloys Altmann aus Strande als Präsidenten des Landesverbandes. Er wurde für eine weitere dreijährige Amtszeit gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Peter Höver aus Kiel, er löst Dr. Olaf Bastian aus Schönkirchen ab, der nicht für eine neue Amtszeit kandidierte. Wiedergewählt wurde Karin Reese-Cloosters aus Dänischenhagen als Vizepräsidentin.

Neu in den Verwaltungsrat wählten die Delegierten Jörg Sibbel aus Eckernförde. Er löst Elvira Hamann aus Brunsbüttel ab, die ihr Amt auf eigenen Wunsch zur Verfügung stellte. Bestätigt wurden im Verwaltungsrat der Vorsitzende Detlef Behrens aus Rantzaufelde, Dietlind Goldbeck aus Neustadt in Holstein und Klaus Lukait aus Schwentinental. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Ebenfalls einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Resolution unter dem Titel „Sondervermögen zielgerichtet im Land einsetzen“. Darin wird die große Sorge ausgedrückt, dass die zusätzliche Kreditaufnahme bei Bund und Ländern die künftigen Generationen erheblich belastet. Wichtig sei es jetzt, die Investitionsmittel schnell und zielgerichtet einzusetzen. Dazu gehöre es vor allem auch, den Kommunen ihren Anteil unbürokratisch und zeitnah zuzuweisen. Ohne einen Abbau der Investitionshemmnisse bei Entscheidung, Planung und Vergabe können die konjunkturfördernden Ziele der Sondervermögen nicht erreicht werden.

In seinem Grußwort machte Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, deutlich, dass der aktuelle Bundeshaushalt keinerlei Ansätze für strukturelle Einsparungen enthalte. Im Gegenteil: Die versprochene Zusätzlichkeit bei den Investitionen der Länder sei bereits wieder gestrichen worden. In der mittelfristigen Finanzplanung sinke der Investitionsanteil im Kernhaushalt. Letztlich ersetzt damit ein großer Teil der schuldenfinanzierten Investitionen lediglich ohnehin geplante Ausgaben, um Freiräume für zusätzliche Stellen in der Verwaltung, Sozialleistungen und andere Konsumausgaben zu schaffen.

Anlage: Resolution vom 8. Juli 2025

Lornsenstraße 48
24105 Kiel

Tel.: 0431 99 01 65-0
Fax: 0431 99 01 65-11

schleswig-holstein@steuerzahler.de

Präsident: Dr. Aloys Altmann - Verwaltungsratsvorsitzender: Detlef Behrens - VR AG Kiel 2243

PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO

Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V.
www.steuerzahler.de

Resolution
der 59. ordentlichen Delegiertenversammlung
des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein
am 8. Juli 2025 in Kiel

Sondervermögen zielgerichtet im Land einsetzen
Kommunen müssen ihren Anteil unbürokratisch erhalten

Schulden belasten künftige Generationen: Wir sehen das von der Koalition in Berlin beschlossene Sondervermögen für Investitionsmaßnahmen kritisch. Zwar gibt es einen erheblichen Nachholbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur, doch zusätzliche Schulden sind der falsche Weg. Richtig wäre es gewesen, die Investitionsmittel durch Umschichtungen zu finanzieren. Die zusätzliche Kreditaufnahme von 500 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre bedroht die Tragfähigkeit des Bundeshaushalts und damit die Zukunft!

Investitionsmittel schnell und zielgerichtet einsetzen: Schleswig-Holstein kann mit rund 290 Millionen Euro pro Jahr in den nächsten zwölf Jahren rechnen. Dieses Geld muss zweckgebunden in zusätzliche Infrastruktur für Verkehrswege, Bildung, Forschung und die innere Sicherheit fließen. Ohnehin vorgesehene Investitionen dürfen dadurch nicht ersetzt werden. Andere politische Wunschprojekte müssen zurückgestellt werden.

Die Kommunen müssen ihren Anteil unbürokratisch erhalten: 62,5 Prozent der Investitionsmittel werden in Schleswig-Holstein an die Kommunen weitergeleitet. Sie betreiben den größten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Verkehr, Sport und Bevölkerungsschutz. Ihnen muss das Geld ohne bürokratische Richtlinien und Förderprogramme unmittelbar weitergeleitet werden, damit es dort ankommt, wo es den Bürgern nutzt. Die Kommunen wissen selbst am besten, wo, wofür und in welcher Reihenfolge investiert werden muss.

Investitionshemmnisse abbauen: Das Investitionsprogramm auf Rekordniveau muss verbunden werden mit einer radikalen Vereinfachung bei den Planungs- und Vergabevorschriften. Die Mittel müssen schnell und effektiv eingesetzt werden, damit die wirtschaftliche Entwicklung wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Gewerbe, Handel und Verkehr brauchen in Schleswig-Holstein optimale Standortbedingungen, um wirtschaftlich erfolgreich sein zu können. Davon profitieren dann auch der Arbeitsmarkt, die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge.